

Demokratie im europäischen Mehrebenensystem

Projektidee

Europa 2.0

Problemanalyse

Was ist Demokratie

Der Projektidee wird ein partizipatives Verständnis von Demokratie zugrunde gelegt. Dementsprechend sollen diejenigen, die von einer Entscheidung *betroffen* sind, sich am Entscheidungsprozess beteiligen können. Demgemäß muss überlegt werden, ob es sinnvoll ist, Dryzeks Definition einer Demokratie von Stakeholdern zu folgen, welche sich nicht primär repräsentativ über eine Bürgerschaft konstituiert. Gleichzeitig wird eine pluralistische Herangehensweise verfolgt, derzufolge Politik und Demokratie nach dem Prinzip der öffentlichen Debatte funktioniert.

Mehrebenensystem und Rolle der EU

Das Mehrebenensystem der EU ist gekennzeichnet durch die Pluralität der Entscheidungsebenen und Akteure. So sind die EU-Institutionen in der zweiten und dritten Säule intergouvernemental organisiert (27 Akteure, Entscheidung: Völkerrechtliche Verträge), wohingegen in der supranationalen ersten Säule die EG als Entscheidungsakteur auftritt. Weitere Akteure sind EU-Verbände und die europäische Öffentlichkeit. Auf nationaler Ebene nehmen Mitgliedstaaten und Vertreter von Drittstaaten Einfluss. Auf der subnationalen Ebene spielen Länder und Regionen eine Rolle.

Dem hier zugrunde gelegten Verständnis nach ist die EU eine Staatengemeinschaft *sui generis*, bzw. ein Staatenverbund, auf welchen nationale Souveränitäten übertragen werden, um Probleme zu lösen, die keine nationalstaatlichen Grenzen kennen und die nicht einzelstaatlich zu lösen sind (Bsp.: Klimapolitik, europäischer Binnenmarkt).

Problemanalyse / Defizitanalyse

Das öffentliche Bild der europäischen Union wird häufig als bürokratisch und bürgerfern dargestellt. Die oben genannte europäische Öffentlichkeit existiert praktisch nicht. Die geringe Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl in den verschiedenen Ländern der EU unterstreicht das Desinteresse der Bevölkerung an Europa.

Zwei grundlegende Probleme können also festgestellt werden: Die EU ist

- a) nicht transparent (Bsp: Verhandlungen in Trilog und AStV)
- b) nicht partizipativ genug, da eine europäische Öffentlichkeit *de facto* nicht existiert und die demokratische Legitimation des EPs durch den unglei-

chen Erfolgswert und Zählwert der Wählerstimmen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu kritisieren ist.

Deshalb soll die Projektidee *Europa 2.0* mehr Transparenz und mehr Partizipation schaffen.

Europa 2.0

Projektidee

Unter dem Titel *Europa 2.0* sollen demokratiefördernde Projekte im Online-Bereich unter Einbezug des Web 2.0 von EU-Mitgliedsländern mit Fördergeldern unterstützt werden. Dafür ist die Einrichtung einer Organisation und einer entsprechenden Web-Präsenz geplant, die nach vorgegebenen Kriterien und unter Einbezug der Web-Community entscheidet, welche Projekte gefördert werden. Gleichzeitig stellt dieses Onlineportal die Plattform dieser Projekte dar. Vorschläge einreichen können Städte und Gemeinden, aber auch gemeinnützige Vereine und NGOs. Darüber hinaus ist eine Kampagne zur Unterstützung und zur Ideenfindung geplant.

Begriffsklärung

Das *Web 2.0* beschreibt nicht einen neuen technischen Standard, sondern eine veränderte Nutzung und Wahrnehmung des Internets. *Web 2.0* oder auch *Social Web* steht für die verstärkte Beteiligung von Internet-Nutzern (Stichwort User Generated Content, Bsp.: Wikipedia, Open Source Software) und die Organisation in sozialen Netzwerken (Bsp.: Facebook, etc.).

Generell geht damit die Veränderung des *passiven Internet-Nutzers* hin zum aktiven Produzenten von Inhalten (Bsp. Weblogs, etc.) einher.

Feststellung

Das *Web 2.0* steht in gewisser Weise für Vieles, was Europa bislang fehlt.

So spricht das Büro für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestages (TAB) von einem Neuarrangement der Rollen von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, welches darauf abzielt

Foren für einen gleichberechtigten Dialog zwischen Laien und Experten zur Klärung umstrittener empirischer und normativer Fragen zu schaffen, um mit dem Ergebnis dieser Beratungen einen Beitrag zu einer Verbesserung der Grundlagen für anstehende politische Entscheidungen zu leisten. (Hennen 2004: 53).

Maßnahme

Das Projekt sieht zum einen die Einrichtung einer Organisation vor, die nach vorgegebenen Kriterien entscheidet, welche Projekte gefördert werden. Dabei soll die Entscheidungsfindung im Sinne des *Web 2.0* transparent und mit der Möglichkeit zur Kommentierung und Diskussion auf einem Webportal dargestellt werden. Zweitens ist dazu die Errichtung dieses Onlineportals vonnöten.

Dieses Portal stellt zugleich die Kommunikations- und Organisationsplattform der ausgewählten Projekte dar.

Die Kernkriterien, die die demokratiefördernden Projekte im Online-Bereich erfüllen müssen um Unterstützung zu erhalten, sind insbesondere verstärkte Transparenz und verstärktes Einbinden/ Partizipation von Bürgern. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein solches Projekt auf lokaler, regionaler, überregionaler oder europäischer Ebene angesiedelt ist.

Die Kriterien sind zunächst relativ allgemein gewählt um möglichst vielfältige Vorschläge zu sammeln und Raum für den kreativen Umgang mit Europa 2.0 zu lassen.

Konkrete Projekte

Auf Seite der soll ein zentrales interaktives Portal eingerichtet werden mit Livestreams, Protokollen, Blogs, Kommentaren und twitter.

Als best-practice Beispiele sind hierbei die E-Petitionen des Bundestages (<https://epetitionen.bundestag.de/>) anzuführen und die Web 2.0-Kampagne *Green Action* von Greenpeace (<http://beta.greenaction.de/>).

Zur Lösung der oben identifizierten Probleme soll folgender Lösungsvorschlag diskutiert werden:

a) Mehr Transparenz

Erstens:

Protokolle der zwei wichtigsten informellen Gremien im europäischen Gesetzgebungsprozess (Trilog, AStV) online veröffentlichen.

Protokolle des AStV existieren schon in Form von Drahtberichten. Hier sind also keine neuen Ressourcen vonnöten, da die Protokolle bereits verfasst werden. Allerdings sind Drahtberichte nur für staatliche Beamten einsehbar.

Maßnahme: Drahtberichte des AStV auf dem neu zu schaffenden Onlineportal veröffentlichen und Kommentare und Blogs ermöglichen. Ebenso bei Trilog: Über veröffentlichtes Verhandlungsprotokoll werden Lobbying und Netzwerkarbeit (welche eine sehr entscheidende Rolle im europäischen Gesetzgebungsverfahren spielen) öffentlich gemacht und damit kann der Vorwurf der Intransparenz entkräftet werden.

Zweitens:

Sind die *Sitzungen des EPs* bereits als Livestream auf der Homepage des EPs zu verfolgen (<http://www.europarltv.europa.eu/>). Folgende Weiterentwicklung ist angedacht: Livestream mit paralleler Twitterdiskussion (Beispiel: TV-Duell wurde im Axel-Springer-Haus auf zwei Leinwänden übertragen: einmal Kanzlerduell, einmal Twitter, siehe Verlauf auf <http://twitter.com/#search?q=%23tvduell>).

Einwände

(1) Twitter Nachrichten verhallen, werden nicht berücksichtigt

→ wie könnte man dieses Problem lösen

(2) Twitter Beiträge haben nicht automatisch das Niveau einer politischen Debatte (viel mehr Stammtischniveau, vgl. Spiegel-Artikel „Ich esse jetzt Bratwurst“ (Theile 2009:31-33)).

b) Mehr Partizipation

Dialog via interaktivem Web zwischen Stakeholdern untereinander, zwischen Bürgern untereinander, zwischen Beamten untereinander sowie zwischen Stakeholdern, Bürgern und Beamten.

Einschätzung und Bewertung

(1) Maßnahme ist teuer

(2) Maßnahme ist nicht unbedingt zielführend: Stakeholder, die am Gesetzgebungsprozess beteiligt sind, kommen (über intransparente Wege) an die benötigten Informationen (und Drahtberichte). **Aber:** über diese Applikation im Internet könnten auch Bürger in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

(3) Die Akteure (Lobbyisten, Botschafter) befürworten kein Mehr an Transparenz, weil Diplomatie nicht immer basisdemokratisch funktioniert.

(4) Maßnahme spricht nur die digitale junge Generation an. Doch diese zukünftige Wählerschaft muss auf für sie adäquate Weise angesprochen werden. Vergleiche dazu die Performance des Internetauftritts der Piratenpartei im Vergleich mit den etablierten bürgerlichen Parteien während des Bundestagswahlkampfes:



Abbildung 1 Vergleich der Reichweite der Seiten der Bundesparteien im World Wide Web (Quelle: <http://www.alexa.com/siteinfo/piratenpartei.de>, 22.09.09)



Abbildung 2 Durchschnittliche Verweildauer auf der Seite (Quelle: <http://www.alex.com/siteinfo/piratenpartei.de>, 22.09.09)

Bibliographie

Hennen, Leonard / Petermann, Thomas et al. (2004): Partizipative Verfahren der Technikfolgen-Abschätzung und parlamentarische Politikberatung. Neue Formen der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, Nr. 96, <http://www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab96.pdf>.

Theile, Merlind (2009): Ich esse jetzt Bratwurst. In: Spiegel, Nr. 40, S. 31-33.